Sonnabend, 10. September 1921 — Einzelnummer 10 Mark. — 60. Jahrgang. Nr. 164.

Posener Tageblatt

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis ab 1. 9. 21: monatlich M. in der Geschäftsstelle 100.— in den Ausgabestellen 105.— durch Zeitungsboten 110.— durch die Post 110.— ins Ausland 20 deutsche Mark.
Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens 20.— M. im Reklameteil 60.— M. Für Aufträge aus Deutschland 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.
Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Valutasorgen.

In Posen hat sich ein Wirtschaftsrat für Westpolen gebildet, um die wirtschaftlichen Nöte zu prüfen und um Verbesserungen zu erforschen und vorzuschlagen. Da ihm sowohl Gelehrte, wie z. B. Herr Święcicki, der Rektor der Universität, und Bankiers, wie Herr Hącia, angehören, so ist zu hoffen, daß auch die Valutanot nach allen Richtungen hin durchgeprüft und beraten werden wird. Man wird nicht nur fragen, was soll sein, sondern auch was war und was ist und warum ist es so.

In der Frage: „Was soll sein?" wird wohl leicht Einstimmigkeit im Wirtschaftsrat sich ergeben. Nämlich: billige Lebensmittel und mehr Wohnungen! Und um dies zu erreichen, ist Freiheit der Arbeit, des Besitzes und Erwerbs zu fordern, verbunden mit Frieden, Ruhe und Gerechtigkeit. Dann gibt es keinen Bolschewismus mehr.

Um so mehr aber werden die Geister aufeinanderplatzen bei der Frage: was ist und warum ist es so? Nicht bestreiten läßt es sich, daß Polen sich in großer wirtschaftlicher Not befindet. Man kann es nicht glauben, was neulich polnische Zeitungen berichteten, daß ein Minister gesagt haben soll: „Polen ist arm, aber seine Bewohner sind reich." Es ist richtig, daß infolge des Valutasturzes viele Bürger über Nacht Millionäre geworden sind; aber die Nullen, die sich an ihre Zahlen angehängt haben, sind Blasen, die keine Kaufkraft haben und einmal unangenehm platzen werden.

Jeder neue Preissturz der polnischen Mark bedeutet aber, daß für alle Waren und Leistungen wieder mehr gezahlt werden muß. Entweder vermindern sich dadurch die Einnahmen oder die Vermögensbestände jedes Einzelnen. Das Volk weiß sich solche Erscheinungen nicht zu erklären, antwortet mit Unruhen und Streiks, und gibt hierauf die nationalen Treibereien weniger den Kapitalisten und Nationaldemokraten, sondern mehr den Deutschen und Juden die Schuld. Aber wenn diese alle totgeschlagen werden würden, würde die Not weiter und schärfer bestehen. Auch helfen gegen die Not nicht größere Sparsamkeit und Verminderung der Beamten, was oft gefordert wird, denn mit solchen Maßregeln wird nicht die Krankheit, sondern die Krankheitserscheinung bekämpft. Gerade, weil der Lebensunterhalt durch die fallende Valuta so unsicher und schwankend geworden ist, drängen sich so viele Menschen in die Beamtenlaufbahn, indem sie glauben, alsdann vor dem Verhungern geschützt zu sein. Und unmöglich ist es bei fallender Valuta zu sparen, die einen müssen mehr ausgeben, weil sie ihre Lebensgewohnheiten nicht so schnell ändern können und die anderen versuchen, durch Spekulation ihre Einnahmen zu verbessern.

Um die Valutanot zu bremsen, gibt es nur ein Mittel: Arbeit, Werte schaffende Arbeit. Sobald Waren da sind, die die Nachfrage befriedigen oder gar in Mengen ausgeführt werden können, steigt die Valuta, hebt sich die Kaufkraft und vermehren sich bei freier Wirtschaft die Arbeitsgelegenheiten. Deshalb wird der Wirtschaftsrat wohl fordern, daß alle Maßnahmen, auch wenn sie nationale Leidenschaften befriedigen, unterbleiben, sobald dadurch die Kreditwürdigkeit des Staates im Auslande leidet oder auch nur erschüttert wird. Dabei ist es ganz gleich, in welchem der Länder dies geschieht, weil die Kreditbewilligung nicht bei den Behörden der einzelnen Länder liegt, sondern bei deren wirtschaftlichen Unternehmungen. Diese reagieren aber schnell darauf, wenn es heißt, daß in einem Lande die Beamten die Verfassung mißachten und nach Willkür regieren, politische Urteile von Richtern gefällt werden und anderes mehr. Nach der Richtung ist hier des Guten wohl etwas zu viel geschehen. Der Versailler Friedensvertrag wird schärfer ausgelegt, als nötig. Je mehr die Deutschen bedrängt und bedrückt würden, desto mehr glaubten viele Polen des Dankes der Entente gewiß zu sein. Vieles geschah, nicht um wirtschaftlicher Vorteile des Staates oder einzelner Personen, sondern weil man hoffte, die Entente würde günstige und große Anleihen bewilligen. Doch keiner der befreundeten Staaten griff ein, um zu verhindern, daß die Kaufkraft der polnischen Mark innerhalb zweier Jahre von 100 auf 3 im Vergleich zur deutschen Mark fiel. Polen hat nichts erreicht, sondern im Gegenteil, das Verdrängen der deutschen Domänenpächter und Ansiedler, das Ablehnen jeder Rücksichtnahme auf Deutschland brachte unsere Kredit- und jetzt die Hungersnot. Hätten die Behörden es ermöglicht daß die Landwirtschaft im Frühjahr Kali und Stickstoff aus Deutschland erhalten hätte, so wäre zu der guten Roggenernte trotz des trocknen Wetters eine leidliche Kartoffelernte gekommen und nicht diese furchtbare Mißernte, die den Staat im nächsten Frühjahr vor schwere Aufgaben stellt. Es ist die höchste Zeit, daß der Staat andere Maßnahmen ergreift und andere Wege einschlägt, die eine Verständigung mit Deutschland ermöglichen. Jede weitere Maßnahme gegen die Deutschen bringt vom Auslande aus dem Staate Verluste von vielen, vielen Milliarden.

Möge der Wirtschaftsrat in der Geschichte nachlesen, was war, und er wird finden, daß es Polen in den Zeiten wirtschaftlich am besten ging, wo es tolerant zu den anderen Nationalitäten war. Wenn der Wirtschaftsrat solche Erwägungen anstellt, so wird er der Erkenntnis sich nicht verschließen, daß nationale Leidenschaften, die nicht kühl und besonnen denken und handeln können, zum Wiederaufbau eines Staates im wesentlichen wertlos sind. Der Haß gegen die Deutschen und Juden und ihre Verdrängung hat Polen Schaden von Milliarden gebracht; wird nicht Einhalt getan, trifft jedes weitere Unglück weit mehr Polen als Deutsche. Polen bleibt für absehbare Zeiten ein Nationalitätenstaat und kann nur wirtschaftlich hoch kommen, wenn es dem Rechnung trägt. Herr Domherr Adamski hat neulich das junge Polen mit dem jungen Amerika verglichen, aber er vergaß dabei zu betonen, daß im jungen Amerika jeder willkommen war, ganz gleich, welcher Nationalität, wenn er nur arbeitete. Keinem wurde der Erwerb von Besitz erschwert, keiner wegen seines Glaubens oder Nationalität belästigt, keinem sein Eigentum durch andere vorenthalten, keinem die Freiheit des Handels unterbunden. Erst wenn Polen hierin Amerika nacheifert, erst dann wird es seine Zukunft haben.

Völkerbund.

Die Dienstagssitzung.

Genf 9. September. (Tel.-U.) Die Sitzung des Völkerbundsrates begann Dienstag nachmittag 6 Uhr unter dem Vorsitz van Karnebeeks. Der Präsident teilte der Versammlung die Zusammensetzung der Kommissionen mit, die gestern vormittag ernannt wurden. Die Präsidenten dieser sechs Kommissionen sind: für die Justizfragen Scialoja, für die technischen Organisationen Take Jonescu, für die Abrüstung und die Blockierung Branting, für das Budget und die Finanzfragen Edwards, für die Humanitätsfragen Doherty, für die politischen Fragen Graf de Gimeno. Diese Präsidenten sind auch Vizepräsidenten des Völkerbundsrates. Außerdem wurden als Vizepräsidenten gewählt die Herren: Bourgeois, da Cunha, Balfour, Ishi, Hymans und Benesch.

Aufnahme neuer Mitglieder?

Genf, 9. September. (PAT.) Die Völkerbundsratssitzung wird über die Aufnahme von Lettland, Estland, Litauen und Ungarn beraten. Was Ungarn anbelangt, so wird es voraussichtlich zu einer lebhaften politischen Auseinandersetzung kommen, weil doch die „kleine Entente", vorab die Tschechoslowakei, sich unbedingt der Aufnahme Ungarns in den Völkerbund widersetzen wird. Die Vertreter der „kleinen Entente" sind überzeugt, daß Ungarn die Aufnahme verweigert wird, da nach ihrer Ansicht wenigstens 20 Staaten gegen Ungarn stimmen werden.

Die Entwaffnung.

Genf, 9. September. (PAT.) Die Entwaffnungskommission hat in der Nachmittagsitzung vom 6. einstimmig den Vorschlag Robert Cecils angenommen, daß die Sitzungen der Kommission öffentlich sein sollen. Viviani verlas dann den Bericht über die Arbeiten der Kommission.

Ungarns Aussichten.

In einer Besprechung der Bewerbung Ungarns um Aufnahme in den Völkerbund schreibt das „Journal des Débats", es sei sehr wahrscheinlich, daß Ungarn unverzüglich eine abschlägige Antwort erhalten werde. Es sei unbedingt nötig, daß Ungarn erst für Ruhe und Ordnung im Innern sorge, bevor es in den Völkerbund aufgenommen werden kann. Außerdem müsse Ungarn den guten Willen zeigen, die Bestimmungen des Vertrages von Trianon zu erfüllen und wirklich sich entwaffnen. Die Nachbarstaaten fürchten, daß durch die Aufnahme Ungarns in den Völkerbund dort die monarchistische Agitation begünstigt würde.

Deutschland und die Verbandsmächte.

Deutschland hat die erste Milliarde bezahlt.

Paris, 9. September. Die Reparationskommission veröffentlicht einen offiziösen Bericht darüber, daß Deutschland vor dem 31. August die erste Milliarde vollkommen bezahlt hat.

Einführung der westeuropäischen Zeit im besetzten Gebiet.

Koblenz, 9. September. Um Mitternacht des 25. Oktober wird in dem besetzten Gebiet die westeuropäische Zeit wieder eingeführt. Daneben bleibt die zurzeit gültige mitteleuropäische Zeit bestehen. Die Eisenbahnuhren bleiben von dem genannten Zeitpunkte an im besetzten Gebiet um genau eine Stunde hinter der ortsüblichen Zeit zurück. Im Gegensatz zum vorigen Jahre sind aber die Züge im allgemeinen dem bürgerlichen Leben und damit der mitteleuropäischen Zeit angepaßt. Es verkehren also die meisten Züge am 26. Oktober im besetzten Gebiet nach der neuen Zeit genau eine Stunde früher als gegenwärtig.

Die Reparationskommission und die neuen deutschen Steuern.

Berlin, 9. September. „Times" melden aus Paris, daß die Reparationskommission die neuen deutschen Steuergesetzentwürfe für nicht weitgehend genug erachtet, um die Forderungen der nächsten Jahre sicherzustellen. Im Prinzip habe sich die Reparationskommission für eine Überführung des Goldschatzes Deutschlands als Sicherung in die alliierte Besatzungszone ausgesprochen.

Neue französische Drohungen.

Paris, 9. September. Die Entwicklung der inneren Lage in Deutschland wird hier mit Aufmerksamkeit verfolgt und von den Berliner Korrespondenten der Pariser Presse eingehend kommentiert. Der in der letzten Zeit verstummte frühere Kriegsminister Léfèvre schreibt im „Journal":

„Um den Frieden zu haben, ist es notwendig, den einzigen Militarismus und den einzigen Imperialismus, der augenblicklich auf dem Kontinent existiert, zu zerstören. Dazu ist es notwendig, daß wir die Gelegenheit wahrnehmen, die Kommanten des Großen Generalstabes von Hindenburg und Ludendorff verschwinden zu lassen, da diese noch viel gefährlicher sind als ihre Chefs. Man muß also auf eine lange Zeit hinaus den Krieg unmöglich machen. Man macht den Krieg nicht ohne Kohlen. Wenn die Ruhr besetzt wird, dann gäbe es keine Gelegenheit mehr, irgendeine Gewalt anzuwenden. Stände man unter diesem Gesichtspunkt, dann wäre man in der Lage, aus dem Ruhrgebiet 70 Prozent der deutschen Kohle zu erhalten, während die übrigen 30 Prozent sich in Oberschlesien befinden und unbedingt an Polen kommen müssen. Dieses Mittel ist das entschieden sichere und wirksame."

Eine neue Abstimmung in Oberschlesien?

Polnische Blätter bringen aus Beuthen die Meldung, daß dort das Gerücht geht, der Völkerbundsrat trage sich mit dem Gedanken einer erneuten Abstimmung in Oberschlesien. Auch sollen deutsche Zeitungen gemeldet haben, daß der Völkerbundsrat den Plan einer Neutralisierung Oberschlesiens erwäge. Allerdings stehen die polnischen Zeitungen auf dem Standpunkt, daß das nur deutsche Agitationsmache sei; es bestehe in Oberschlesien eine Partei, die eine neue „Abstimmung" wünsche.

München und Berlin.

Am Dienstag versammelten sich in München die Führer der Koalitionsparteien, um zur Lage Stellung zu nehmen. Die Beratungen, die sich bis in die späten Abendstunden hinzogen, galten nicht nur der Auseinandersetzung mit den Ausnahmeverordnungen der Reichsregierung, sondern auch der Erledigung laufender Fragen. In der kritischen Frage der Reichsverordnung und des bayerischen Ausnahmezustandes ist eine vorläufige Einigung insofern zustande gekommen, als sich sowohl die Vertreter der Koalitionsparteien als auch die der Regierung Kahr damit einverstanden erklärt haben, daß mündliche Verhandlungen mit der Reichsregierung unverzüglich aufgenommen werden. Zu diesem Zweck hat sich bereits gestern nacht eine Abordnung der Regierung und der Landtagskoalition nach Berlin begeben. Die Abordnung besteht aus Staatssekretär Dr. Schweyer, Staatskommissar für öffentliche Sicherheit Lorrisch, Geheimrat Held als Fraktionsvorsitzender der bayerischen Volkspartei, Dr. Hilpert als Fraktionsvorsitzender der bayerischen Mittelpartei und der ihr angeschlossenen deutschen Volkspartei, und Dr. Dirr als Fraktionsvorsitzendem der demokratischen Partei. Die Aufnahme des deutschnationalen Parteiführers in die Abordnung bezeugt die Absicht der bayerischen Rechtsparteien, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck ihren Standpunkt dahin zu vertreten, daß die Aufrechterhaltung des Ausnahmzustandes in Bayern vorerst noch eine Lebensnotwendigkeit sei. Dieser Standpunkt wird vom Ministerpräsidenten von Kahr, der mit Staatssekretär Dr. Schweyer der Sitzung des Landesausschusses beiwohnte, geteilt. Es bedurfte des ganzen persönlichen Einflusses des Abg. Held, um einen Ausweg zu finden, der die kritische Hochspannung innerhalb Koalition und Kabinett zunächst beseitigte. Abg. Geheimrat Heldt hat ebenso wie der Vorsitzende der Volkspartei Abg. Speck Herrn von Kahr unzweideutig zu verstehen gegeben, daß der extreme Standpunkt des Ministerpräsidenten auch bei der bayerischen Volkspartei keinen Anklang finde, und daß er als Fraktionsvorsitzender sein Möglichstes tun werde, um einen offenen Konflikt zwischen Bayern und dem Reich zu verhüten.

Diese Auffassung sticht von einer Kundgebung des Münchener Bürgerrates ab, der im Namen einer großen Anzahl der wichtigsten Körperschaften des bayerischen Wirtschaftslebens eine Erklärung abgab, in der die verwerfliche Hetze gegen die bayerische Koalitionsregierung bedauert und die Regierung Kahr aufgefordert wird, vor dem auf sie von verschiedenen Seiten ausgeübten Druck nicht zurückzuweichen, sondern unbeirrt die Linien ihrer bisherigen Politik weiter zu verfolgen.

Aus der Münchener Presse.

Die „München-Augsburger Abendzeitung" hört, daß die bayerische Regierung nach wie vor den Standpunkt der Selbständigkeit Bayers vertreten und sich gegen Eingriffe der Reichsbehörden in ihre Exekutivgewalt verwahren werde. „Wir lassen uns in Bayern nicht bolschewisieren. Wir lassen uns nicht den letzten Rest unserer staatlichen Hoheit nehmen, denn das hieße, sich in eine zweite Revolution hineintreiben lassen."

Miesbacher Tageblatt.

München, 9. September. In dem zum Landbezirk München gehörenden Miesbach ist die Nummer 1 Jahrgang 1 des „Miesbacher Tageblatt" im Verlag von Paul Wolff erschienen. Für die Redaktion verantwortlich, zeichnet Professor Peter Stempfle in Miesbach, der frühere Leiter der Zeitschrift „Das Heimatland". Das Blatt hat das Format und die Aufmachung des „Miesbacher Anzeigers", der sein Erscheinen eingestellt hat und verkauft worden ist. Das „Miesbacher Tageblatt" erklärt, in erster Linie die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Bezirks Miesbach und seiner Nachbarbezirke vertreten zu wollen darüber hinaus aber in freimütiger Weise und in vaterländischem Sinne an allen Ereignissen des täglichen Lebens Kritik zu üben, ganz gleichgültig, ob sich die zu kritisierenden Vorgänge im Heimatlande Bayern oder jenseits der weißblauen Grenzpfähle abspielen.

Besprechungen bayerischer Sozialistenführer.

Nürnberg, 9. September. Hier haben Besprechungen von bayerischen Gewerkschatsvertretern stattgefunden, an denen auch der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beteiligt war. Gegenstand der Aussprache war der gegenwärtige Zwiespalt zwischen Bayern und dem Reich. Der Reichsausschuß der Gewerkschaften Bayerns wird alsbald zusammentreten, um entscheidende Beschlüsse zu fassen, die sich gegen jede Sonderaktion der Kommunisten richten sollen. Mit derselben Frage beschäftigte sich auch eine hier tagende Konferenz der sozialistischen Führer aus allen Teilen Bayerns, an der Hermann Müller und Otto Wels vom Parteivorstand teilnahmen. Es kam zum Ausdruck, daß die bayerische Arbeiterschaft geschlossen hinter der Reichsregierung stehe und bereit sei, die Regierung Wirth mit allen Mitteln zu stützen. Die sozialistischen Parteien Bayerns fordern, daß dem „rechtsfeindlichen Treiben der preußischen Offizier-Clique in München" sofort ein Ende bereitet werde. Die bayerische Arbeiterschaft sei entschlossen, die Aufhebung des Belagerungszustandes durchzusetzen, der in Bayern nur ganz einseitig gegen die Linke angewendet werde und unter dessen Schutz in Bayern der politische Mord heimisch geworden sei. Die S. P. D. sei gewillt, hierbei gemeinsam mit der U. S. P. D. vorzugehen. Alle Verwirrungsversuche der K. P. D. sollen hintangehalten werden.

Hardens Amerikareise.

Berlin, 8. September. (Tel.-U.) Die Abgeordneten Dr. Gildmeister, Koch, Scheuermann, Dr. Zapf, Dr. Mellenhauer und Dr. Quaatz haben an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet: Durch die Presse geht die Nachricht, daß der Schriftsteller Maximilian Harden in amtlichem Auftrage der deutschen Regierung nach den Vereinigten Staaten von Amerika reise. Ist die Regierung in der Lage, zu erklären, daß sie der Reise des Schriftstellers Maximilian Harden und seinen Äußerungen völlig fernsteht?

Berlin, 9. September. (Tel.-U.) Die Reichsregierung läßt erklären, daß sie der Amerikareise des Schriftstellers Maximilian Harden völlig fernstehe.

Ungarn und Oesterreich.

Wien, 9. September. (PAT.) In der Nacht vom Mittwoch zu Donnerstag haben gegen 100 ungarische Aufständische, mit Handgranaten und Karabinern bewaffnet, die österreichischen Posten südlich von Eisenstadt angegriffen. Im Kampfe ist ein Gendarm getötet, 4 sind verwundet worden und 26 wurden verschleppt. Nachdem sie ihrer Uniform und ihres Geldes beraubt worden sind, wurden sie freigelassen.

Eine Ententenote an Oesterreich.

Wien, 9. September. (Telunion.) Sofort nach der Überreichung der Note der Entente trat der Ministerrat zusammen. Wie von authentischer Seite verlautet, wird die Regierung die Note der Entente mit einer Gegennote beantworten, in der die Verantwortlichkeit für die Ereignisse in Westungarn abgelehnt und bezüglich der Aussetzung der Räumung der zweiten Zone die Notwendigkeit begründet wird, ein Faustpfand zur Sicherung der materiellen Forderungen Ungarns zu besitzen.

Zu dem Zwischenfall in Kirchschlag.

Wien, 9. September. (Telunion.) Die Lage bei Kirchschlag hat seit den frühen Morgenstunden eine Entspannung erfahren. Die Kämpfe begannen mit einem Überfall der österreichischen Gendarmerieposten bei Jägerndorf und Pilgersdorf. Um 5 Uhr morgens rückten die Banden in Stärke von 2500 Mann gegen die österreichische Grenze vor. Die in Kirchschlag den Grenzdienst versehende Abteilung des Bundesheeres in Stärke von 80 Mann trat den Banden entgegen. Sie hielt 5 Stunden der Übermacht stand, mußte sich jedoch nach Schönau zurückziehen. Dann kamen Verstärkungen, die wiederum über Kirchschlag vorrücken konnten.

Ein neuer Zusammenstoß.

Ofenpest, 9. September. (Tel.-U.) Aus Ofenpest wird gemeldet, daß die österreichische Gendarmerie von der Bevölkerung von Cinvalwa in Westungarn angegriffen wurde. Gewehrschüsse wurden beiderseitig abgefeuert. Es sind mehrere Tote zu verzeichnen.

Sowjetrußland.

Der Terror der „außerordentlichen Kommission“.

London, 9. September. „Daily Telegraph“ meldet, daß die Lage in Rußland von der außerordentlichen Kommission beherrscht werde. Lenin werde wie früher der Zar augenblicklich mit Gerüchten über neue und weitverzweigte Verschwörungen terrorisiert. Als es sich zeigte, daß Lenin ein Zusammengehen mit dem unpolitischen allrussischen Hilfskomitee begrüßte, wurde sofort mit der außerordentlichen Kommission eine weite Verschwörung und auch die Beweise dafür fabriziert. Den russischen Blättern zufolge habe in den Provinzen ein wahres Gemetzel unter den Vertretern dieses unpolitischen Komitees stattgefunden. Besondere Abordnungen von politischen Spionen verhafteten die Agenten des Komitees und erschossen sie kurzerhand. Die Sowjetregierung beginnt eine neue Herrschaft des Terrors gegenüber den gebildeten Klassen in Rußland.

Das allrussische Hilfskomitee im Gefängnis.

Paris, 9. September. Nach einer Havas-Meldung aus Warschau verlautet dort aus Moskau, daß 53 Mitglieder des allrussischen Hilfskomitees, die verhaftet worden waren, wieder freigelassen worden sind. Drei seien im Gefängnis zurückbehalten worden.

Der griechisch-türkische Krieg.

London, 9. September. (Telunion.) Aus Konstantinopel wird dem „DailyExpreß“ gemeldet, daß trotz der Einnahme von Polati, wo sich das türkische Hauptquartier bis vor kurzem befand, es den Griechen nicht geglückt ist, den linken türkischen Flügel zu umzingeln. Ihre Anstrengungen richten sich jetzt nach dem Zentrum und dem rechten Flügel der Kemalisten. Die Einnahme von Angora scheint noch nicht so nahe zu liegen, wie man vor einigen Tagen glaubte. Die Schlacht, die seit 14 Tagen andauert, hat an Heftigkeit nicht nachgelassen.

Die irische Frage.

London, 9. September. (Tel.-Un.) In politischen Kreisen von London erwartet man, daß das Kabinett nach der heutigen Sitzung den Sinnfeinern eine Frist festsetzen wird, um die von England bestimmten Bedingungen anzunehmen.

Neun Minister verließen Dienstag London und begaben sich nach Inverneß, wo das Kabinett zusammentritt. Lloyd George wird mit dem König in der Nähe zusammentreffen. Der irische Vizekönig ist ebenfalls nach Inverneß unterwegs.

Kein Abbruch der Verhandlungen.

London, 9. September. (Tel.-Un.) „Daily Expreß“ meldet aus Dublin: In Sinnfein erklärt man, daß De Valeras Brief nicht bestimmt war, den dramatischen Eindruck zu machen, den er scheinbar in englischen Kreisen verursacht hat. Das Blatt sagt weiter, daß die englische Regierung die Verhandlungen nicht abbrechen, aber Sinnfein deutlich machen werde, daß ein Friede in Irland auf Grund einer Trennung nicht zu erreichen ist.

Der Aufstand in Indien.

London, 9. September. Nach einem Telegramm der „Times“ aus Kalkutta erklären verschiedene Gouverneure in den indischen Provinzen, die Bewegung, welche politische Umwälzungen in Indien erzeugte, sei äußerst ernst. Der Aufstand sei nicht mehr lokaler Natur, sondern ist durch eine gefährliche Propaganda geleitet, die nicht ohne Wirkung geblieben wäre. Der Gouverneur von Madras gab bekannt, daß die englische Regierung entschlossen sei, mit allen Mitteln die Ordnung herzustellen. Wie in London verlautet, sind in den letzten Tagen sehr weitgehende Beschlüsse mit der indischen Regierung getroffen, die zur Unterdrückung der Revolution führen sollen.

Marokko.

Madrid, 9. September. (Tel.-U.) Im Kriegsministerium erklärt man, daß die spanische Offensive in Marokko noch in dieser Woche beginnen wird. Es werden 3 Kolonnen gebildet, die unter dem Kommando der Generale Jurge, Cabalennar und Berenguer stehen. 30 000 Mann und 200 Geschütze werden an verschiedenen Stellen konzentriert.

Lohnbewegung und Ausstände.

Berlin, 8. September. In Magdeburg sind die Transportarbeiter, in Hamburg die Flößer und Holzplatzarbeiter in den Streik getreten. Auf den Siegener Eisenwerken hat sich der Ausstand der Metallarbeiter weiter ausgedehnt. Die Arbeiterschaft der Lokomotivfabriken sowie sämtliche Werke in Freudenstadt hat sich dem Streik angeschlossen.

Essen, 8. September. (Telunion.) Die Zechenverwaltung Sälzerneunack hatte einige Zechenschmiede bestraft, weil diese ohne Erlaubnis am Mittwoch ihren Arbeitsplatz verlassen hatten, um an der Kundgebung der Sozialdemokratischen Parteien teilzunehmen. Gegen die Bestrafung ist die Belegschaft der Zeche am Freitag nachm. in den Streik getreten. Die Belegschaft sowie die Gewerkschaften verlangten die Aufhebung der Bestrafung, die aber von der Verwaltung abgelehnt wurde. Ein Anerbieten des Reichskommissars Delisch, den Streit durch einen Schiedsspruch, unter der Bedingung, daß beide Parteien sich ihm unterwerfen würden, und daß die Arbeit am Montag wieder aufgenommen würde, zu schlichten, wurde von der Zechenverwaltung angenommen, aber von der Betriebsversammlung abgelehnt. Der Streik geht weiter und von der Belegschaft wird sogar mit einem Übergreifen des Streikes auf andere Zechen gedroht.

Politische Tagesneuigkeiten.

Frankreichs Elsaßpolitik. Die Straßburger Neue Zeitung meldet aus Paris, daß die deutsche Sprache im Elsaß am 1. Dezember aufhört, im Verkehr zwischen Kommunalverwaltung und den Landesbehörden Geltung zu haben.

Republik Polen.

Die Kabinettskrise.

Der gestrige Tag hat wichtige Entscheidungen gebracht. Nach einer Drahtmeldung des „Postep“ soll der Rücktritt des Kabinetts endgiltig beschlossen worden sein, ebenso die beschleunigte Einberufung des Sejm und die Schaffung einer neuen Wahlordnung. Die vereinigten Mittelparteien verlangen unbedingt den sofortigen Rücktritt der Regierung Witos. Dieser wird am Freitag erwartet.

Der Seniorenkonvent beschäftigte sich in der Mittwoch-Sitzung mit dem Antrag des Finanz- und Haushaltungsausschusses über die sofortige Einberufung des Sejm und beschloß diese auf Dienstag, dem 13. d. Mts. nachm. 4 Uhr. Auf der Tagesordnung der 1. Sitzung wird neben verschiedenen Gesetzesentwürfen die Frage der Beamtenbesoldung stehen. Außerdem wurde beschlossen, in der Folge auch an Samstagen und Montagen Sitzungen abzuhalten und dafür nach 2 Wochen immer eine Woche Pause eintreten zu lassen.

Auf der Tagesordnung des Verfassungsausschusses, die Freitag vorm. 11 Uhr zu einer Sitzung zusammentritt, steht in erster Linie der Entwurf der neuen Wahlordnung.

† **Die Tagung der Feuerwehr in Warschau** begann am Donnerstag, dem 8. September. Die Zahl der Teilnehmer übersteigt 3000 Personen. Ihre Teilnahme an der Tagung haben 600 Feuerämter und viele Städte und Kreise zugesagt. Die Tagung wurde durch ein Hochamt in der Kathedrale eingeleitet, das vom Kardinal Krakowski zelebriert wurde. Darauf begaben sich die Teilnehmer der Tagung nach dem Belvedere, wo sie dem Staatsoberhaupt eine Huldigungsadresse aushändigten. Darauf gingen sie zum Sejm, um dort dem Marschall zu huldigen. Am Mittag begann die Eröffnung der Tagung unter Teilnahme von Vertretern der Behörden und geladener Gäste.

Deutsches Reich.

** **Die Schulden des Reiches.** Nach Mitteilungen des Reichswirtschaftsamt betrugen am 1. September die Gesamtschulden des Reiches 660 Milliarden Mark. Allein der Monat August hat einen Zugang der Reichsschulden von 4 Milliarden Mark gebracht.

** **Der sächsische Staatshaushalt** für 1921, der im Herbst dem Landtage vorgelegt werden soll, wird, wie der sächsische Ministerpräsident in einer Rede mitteilte, mit einem Fehlbetrage von 848 Millionen Mark abschließen.

** **Morgan in Berlin.** Wie nachträglich bekannt wird, hat der Chef der weltbekannten Neuyorker Bankfirma Pierpont Morgan, Mr. Morgan jun., fünf Tage in strengstem Inkognito in Berlin geweilt. Er ist von England, wo er seinen ständigen Aufenthalt nimmt, über Holland in einem Flugzeug nach Berlin gekommen. Er wurde erst bei seiner Abreise von amerikanischen Journalisten erkannt. Auch „Neuyork Herald“ in Paris bestätigt die Tatsache seines Berliner Besuches und macht über dessen Zweck einige, allerdings sehr vage Angaben. Danach soll er mit einigen führenden Berliner Bankiers und mit Generaldirektor Deutsch von der A. E. G., sowie mit einem Mitglied der Stinnes-Gruppe, nach anderen Angaben mit Stinnes selbst verhandelt haben. Es heißt mit Bezug auf diese letzteren Verhandlungen, daß der Abschluß einer Anleihe von der Morganbank gegenüber Stinnes erfolgt sei. Wie die „B. Z.“ noch hierzu weiter erfährt, hängt der Berliner Besuch Morgans mit Verhandlungen zusammen, die eine deutsche Industriegruppe durch die Deutsche Bank mit amerikanischen Banken gepflogen hat wegen Bildung einer Interessengemeinschaft. Mit diesen Verhandlungen, die anscheinend auch schon zu einem Abschluß gekommen sind und durch die dieser Gruppe beträchtliche amerikanische Kredite eingeräumt werden, hängt offenbar auch das außerordentliche Ansteigen des Kurses der A. E. G. in den letzten Tagen zusammen.

** **Dreißigprozentige Fahr- und Frachtpreiserhöhung.** Wie aus Kreisen des Berliner Reichsverkehrsministeriums mitgeteilt wird, wird die Heraufsetzung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter, sowie die Preissteigerung wichtiger Bau- und Betriebsstoffe einen Mehraufwand von rund 7 Milliarden Mark nötig machen. (Bisheriger jährlicher Fehlbetrag bereits auf 17 Milliarden angenommen.) Ein Ausgleich durch Sparmaßnahmen ist nur im geringen Umfang möglich. Es wird deshalb zu Tariferhöhungen geschritten werden müssen. Eine 30prozentige Erhöhung sämtlicher Tarife wird nicht zu umgehen sein. Die neuen Tarife sollen womöglich im Güterverkehr am 1. November und im Personenverkehr am 1. Dezember in Geltung treten.

** **Die Kohlenförderung im Ruhrbecken.** Nach den vorläufigen täglichen Aufschreibungen ist die Kohlenförderung des Ruhrbeckens einschließlich der linksrheinischen Zechen an 27 Arbeitstagen des August auf 8,13 Millionen Tonnen zu veranschlagen. Im Juni 1921 hat die Kohlenförderung 7,78 Millionen Tonnen an 26 Arbeitstagen betragen. Die arbeitstägliche Förderung wird sich voraussichtlich auf etwa 301 300 Tonnen im August gegen 299 300 Tonnen im Juli und 307 000 im Juni 1921 belaufen.

** **Ausschreitungen in Erfurt.** Zu großen Störungen kam es in Erfurt anläßlich der Fahnenweihe der Angehörigen der ehemaligen Infanterieregimenter 15 und 55, zwischen diesen und den Teilnehmern eines großen Demonstrationszuges, der Linksgerichteten Kriegsbeschädigten und Sozialdemokratischen Gewerkschaften, die gegen den Krieg demonstrierten. Die beiden Verbandsleitungen hatten in letzter Stunde Abmachungen getroffen, daß die beiden Züge friedlich durch die Straßen marschieren sollten. Von Linksstehender Seite sind diese Abmachungen jedoch nicht gehalten worden. Die Sozialdemokraten hatten sich auf der weiteren Umgebung mit reichlichen Verstärkungen, besonders von kommunistischer Seite versehen. Sie drangen in den Zug der soldatischen Vereine ein und schlugen auf die Teilnehmer los. Es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die Fahnenweihe, die auf einen Feldgottesdienst folgen sollte, wurde daher unmöglich gemacht, da der sozialdemokratische Bürgermeister erklärte, als Vertreter der Polizeiverwaltung für den Schutz der soldatischen Vereine nichts tun zu können, und diese aufforderte, das Fest abzubrechen. In später Abendstunde versammelte sich eine von den Kommunisten aufgehetzte Menge vor dem Lokal der soldatischen Vereine. Eingetroffene Verstärkungen der Schupo verhinderte jedoch weitere Ausschreitungen.

** **Besprechungen der Regierung mit den Parteien.** Am Dienstag fand auf Ansuchen der deutschnationalen Fraktionen und Partei im Reichskanzlerhause eine Aussprache über die politische Lage und über die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August statt. Von deutschnationaler Seite waren beteiligt, die Reichstagsabgeordneten Hergt, Schiele und Dr. Düringer. Neben dem Reichskanzler waren bei der Besprechung anwesend: Der Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer und der Reichsjustizminister Dr. Schiffer. Die deutschnationalen Abgeordneten legten ihre Auffassung über die Verordnung des Reichspräsidenten dar, die sie auf das lebhafteste bekämpften. Sie verlangten Anwendung der Verordnung gegen alle extremen Richtungen, die den politischen Kampf mit Gewalttätigkeiten führen. Insbesondere verlangten sie Schutz gegen gewaltsame Sprengungen und Störungen rechtsgerichteter Kundgebungen und Versammlungen. Der Reichskanzler besprach die Entwickelung der politischen Atmosphäre seit Annahme des Ultimatums und verwies auf die außenpolitischen Schädigungen, die durch chauvinistische Kundgebungen hervorgerufen werden. Er betonte die absolute Notwendigkeit, auf das schärfste alle Versuche, die Weimarer Verfassung mit Gewalt beseitigen zu wollen, abzuwehren, wenn Deutschland nicht durch einen Bürgerkrieg elend zugrunde gehen soll. Ebenso sei der Schutz der Republik gegen alle gewaltsamen Angriffe eine selbstverständliche Notwendigkeit. Dabei wird die Verordnung gegen alle gewalttätigen Elemente, wo immer sie sich zeigen mögen, angewendet werden. Ebenso erklärte der Reichskanzler, es werde mit allen Mitteln gewaltsamen Störungen friedlicher Versammlungen entgegengetreten werden. Er richtete die ernstliche Mahnung an die deutschnationalen Abgeordneten, alles aufzubieten, um Aufreizungen zur Gewalt mit allen nur erdenklichen Mitteln der Aufklärung und der parteipolitischen Beeinflussung alsbald und nachdrücklich aus dem politischen Kampfe auszuschalten. Im einzelnen erhoben die deutschnationalen Vertreter eine Reihe von Forderungen, deren Erörterung dem Reichstage vorbehalten sein werde. Die Besprechung nahm einen dem ernsten Charakter der politischen Lage durchaus Rechnung tragenden Verlauf. Im Laufe dieser Woche finden weitere Aussprachen mit den übrigen Parteien und Fraktionen statt.

** **Kundgebungen in Oldenburg.** Eine Massenkundgebung riesenhaften Umfanges fand am Montag in Oldenburg statt. Die Einladung war von den Koalitionsparteien, also Zentrum, Demokraten, Mehrheitssozialisten und Unabhängigen ergangen, und galt dem Bekenntnis zur demokratischen Verfassung und Republik. Nachdem von jeder Partei ein Redner gesprochen hatte, ergriff der frühere österreichische Gesandte in Berlin, Prof. Dr. Hartmann, das Wort und erklärte, daß Österreich sich nicht selbst helfen könne und eine Schuld von 170 Milliarden Kronen zu begleichen habe. Auf jede Familie komme eine Summe von 150 000 Kronen. Mit der Mahnung, nicht zu vergessen, daß Österreich ein deutscher Staat sei und deutsch bleiben wolle, schloß der Redner unter stürmischem Beifall seinen Vortrag.

** **Festgenommene Kommunisten.** In Halle wurden etwa zwanzig Kommunisten und Mitglieder des „Arbeiterbildungsvereins“ wegen Beteiligung an der Störung des Stiftungsfestes des Kröllwitzer Kriegervereins verhaftet. Sie werden des Landfriedensbruchs beschuldigt. Unter den Festgenommenen befindet sich auch der Vorsitzende der Freien Arbeiter-Union, die gegenwärtig in Halle tagt, namens Hammer. Die sozialistische Regierung in Braunschweig teilt amtlich mit, daß wegen der jüngsten in Braunschweig erfolgten Dynamitanschläge mehrere Verhaftungen vorgenommen sind, und zwar betreffen sie Mitglieder der kommunistischen Parteien.

** **Deutschland und Sowjetrußland.** Die Abreise des Geheimrats Wiedenfeld nach Moskau bedeutet noch keine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Bekanntlich hatte Deutschland im Frieden von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 die Sowjetregierung offiziell anerkannt. Nach der Ermordung des deutschen Gesandten Mirbach wurden aber die kaum aufgenommenen Beziehungen wieder abgebrochen. Wiedenfelds Reise nach Moskau bedeutet also einstweilen lediglich die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen. Erst nach Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs wird auch das russische Botschaftergebäude der Sowjetregierung zur Verfügung gestellt werden können.

Freistaat Danzig.

*† **Die englische Flottenabteilung,** die seit Sonntag im hiesigen Hafen weilte und aus 13 Schiffen besteht, hat Donnerstag den Hafen wieder verlassen. Der Flottenchef Kontreadmiral Wilmot Nicholson hat dem Senatspräsidenten des Freistaates Sahm einen Besuch abgestattet, den der Senatspräsident an Bord des Kreuzers „Curacoa“ erwidert hat.

Aus der polnischen Presse.

Immer wieder die Unifikation. Der „Kurjer Poznański“ brachte in letzter Zeit mehrere umfangreiche Beiträge zur Frage der Unifikation. In der Nummer 203 vom 6. September 1921 befindet sich ein Artikel von Baranowski: „Die administrative Unifikation“. Darin heißt es unter anderem: „Jede Veränderung in der Verwaltung ruft eine Erschütterung im Beamtenapparat hervor, und diese Umwälzung ist um so größer, wenn die Beamten auf die Änderung nicht reagieren, sei es, weil ihnen die Kräfte dazu fehlen, sei es, weil sie mit der Materie nicht bekannt sind. Daher hängt die Schnelligkeit jeder Neuorganisation von der Tüchtigkeit des Beamtenkörpers ab. Wenn die Veränderungen die Fähigkeit der Beamten übersteigen, fängt das Experimentieren an und Ratlosigkeit, die Maschine steht still, und es ist schwer, sie wieder in Gang zu bringen. Dies ist um so schwerer, je schlechter der Weg ist. Die deutsche Staats- und Kommunalverwaltung hat während des Krieges und später sehr schwere Proben zu bestehen gehabt. Sie hat sie jedoch bestanden, weil sie tadellos und richtig war, und weil ihre Beamten ausgestattet waren mit reichem Wissen und großer Erfahrung.

Warum macht die Verwaltung bei uns so große Schwierigkeiten? Nicht immer liegt die Schuld an den Beamten, die oft über ihre Kräfte hinaus arbeiten. Oft sind die Verhältnisse daran schuld, unter denen sich die Verwaltung entwickelt. Wir hatten keine geschulten Beamten und die neueingestellten hatten weder Rutine noch die nötige Kenntnis der Rechte und Vorschriften und, wenn auch Beamte aus anderen Gegenden hierher kamen, so fehlte ihnen doch die Kenntnis der örtlichen Vorschriften und Gesetze. In den letzten zwei Jahren der polnischen Verwaltung ist, was das ehem. preußische Teilgebiet anlangt, eine gründliche Veränderung im Beamtenkörper eingetreten. Von den früheren Beamten ist nicht einer mehr geblieben. Die neuen Beamten haben sehr viel geleistet; denn der von ihnen übernommene Apparat ist nicht stehen geblieben, sondern weitergegangen. Weil ihnen jedoch die Erfahrung fehlte, mußten natürlich mehr Beamte angestellt werden, was natürlich die ganze Verwaltung erschwert und unpraktisch macht und leicht in Bürokratismus ausartet. Man darf jedoch die Leute, die für die Unifikation der Verwaltung arbeiten, nicht des bösen Willens zeihen. Sie sind sich gewiß der Schwierigkeiten bewußt gewesen, die wir heute schon alle fühlen, und die auch die Herren später ganz bestimmt fühlen werden. Das schlimmste ist, daß die gegenwärtigen Vorschriften von den Eroberern stammen, und daß diese Vorschriften so zahlreich sind, daß es sehr schwierig ist, sie gründlich zu kennen. Aber die bisherigen preußischen Gesetze, die die Verwaltung regeln, waren viel einfacher als unsere heutigen Vorschriften. Das, was heute in Polen geschieht, könne nicht die Vereinheitlichung dessen bedeuten, was wir von den Eroberern übernommen haben, das kann nicht Unifikation genannt werden. Das ist in der Tat die Einführung einer neuen Verwaltungsart, die vom Zentralismus geboren ist, aber keine Einheit verbürgt; denn die Beamten, die wenig ausgebildet und ohne gehörige Informationen und die notwendige Unterstützung von seiten der Behörden sich selbst überlassen sind, arbeiten jeder nach seiner eigenen Methode. Das führt zu allem, nur nicht zu einer Unifikation.“

Der Verfasser bringt dann eine ganze Reihe von Beispielen für diesen Mangel von Einheitlichkeit unter den Beamten und fährt fort: „Über die Unifikation der Verwaltung, das heißt, über die Vereinheitlichung der Verwaltung, sind wir alle einig. Diese darf aber nicht so sein, daß sie nur eine äußerliche Einheitlichkeit herbeiführt, innerlich jedoch das reinste chaotische Mosaik darstellt.

Die Verwaltungsbewegung bedarf einer großen gewissenhaften Arbeit nicht nur in theoretischer, sondern auch in praktischer Hinsicht. Dazu müssen aber die richtigen Mittel und die geeigneten Persönlichkeiten gewählt werden. Es soll nicht darüber gestritten werden, welches Verwaltungssystem das beste sei; denn jedes hat seine Fehler, aber auch seine Vorteile, und jedes System kann der Allgemeinheit nützen, wenn es von Beamten vertreten wird, die Sachkenntnis haben und gewissenhaft arbeiten. Ich möchte nur warnen vor einer Art mechanischer Unifikation, wie sie sich bei uns anbahnt. Das muß man zum Wohl des Staates feststellen, daß sie die größten Gefahren der Dezentralisation und des Durcheinanders und nicht eine Gewähr für die Unifikation in sich birgt. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß die Flucht der Beamten aus ihren Stellungen nicht nur durch ihre materielle Lage bedingt ist, sondern auch davon abhängt, daß der Beamte in seiner Arbeit keine Ruhe und Befriedigung findet. Zwei Jahre hat er sich abgeplagt um seinen Posten zu verstehen und auszufüllen, sich in ihn hineinzuleben, und jetzt wird wieder ein neues System eingeführt, in das er sich von neuem einleben und so seine Kräfte unnütz vergeuden muß. Außerdem wird die Verwaltung erst dann für den Staat von Bedeutung und lebenskräftig sein, wenn der Beamte etwas mehr ist als ein Automat, wenn er in seiner Arbeit ganz aufgeht. In dieser Beziehung sind die Erfahrungen mit unseren Beamten heute leider erschreckend."

*

Einen zweiten Artikel in Sachen der Unifikation bringt Nr. 205 des „Kurjer Poznański". Er heißt: „Über unseren Einfluß auf die allpolnische Gesetzgebung" und stammt aus der Feder des Dr. Stanisław Celichowski. Darin sagt der Verfasser, daß die Großpolen gegenüber dem Vorwurf des Separatismus mit Recht stets hinzuweisen pflegen auf die Verdienste der Bevölkerung des ehemals preußischen Teilgebiets gegen die Republik, wie z. B. darauf, daß das ehemals preußische Teilgebiet Polen mit billigem Getreide und Kartoffeln versorgt habe, daß gerade die Großpolen sich bei der Landesverteidigung ausgezeichnet hätten usw. Doch auch diese Verdienste wären nicht imstande, die Großpolen von der Verpflichtung am inneren Aufbau des Staates mitzuarbeiten freizusprechen. Es treffe die Bewohner des ehemals preußischen Teilgebiets die Schuld, daß sie an dem inneren Aufbau des Staates, an der Gesetzgebung usw. nicht genug Anteil genommen hätten. Das gesamte Polen habe im Augenblick, als es sich eine Verfassung geben wollte, mit großen Erwartungen auf das ehemals preußische Teilgebiet geschaut und von da große Dinge erwartet; denn die Großpolen hätten in bezug auf das Gemeinschafts- und Organisationswesen den Ruf von Menschen gehabt, die heiß patriotisch fühlen und denken und organisatorisch reich befähigt sind. Man habe anfangs auf sie als auf die geborenen Erbauer der Republik hingeschaut. Heut müßten die Großpolen gestehen, daß sie diese Hoffnung nicht erfüllt haben. Das hiesige Teilgebiet habe der Republik keinen einzigen führenden Mann geschenkt, und die Großpolen hätten es bei ihrer eigenen Organisationstätigkeit soweit gebracht, daß die Gesetzgebung der Republik ganz ohne sie geschehen ist. Soweit das hiesige Ministerium resp. die hiesigen Abgeordneten an der Gesetzgebung teilgenommen haben, hätten sie ihre Tätigkeit auf rein negative Kritik beschränkt. Deshalb habe man angefangen, die Großpolen nicht mehr zu achten und gar nicht mit ihnen zu rechnen. Selbstverständlich ohne Grund; denn das preußische System und die Organisationsarbeit des Vorkrieges hätten hier eine ganze Reihe von Menschen geschult, Menschen, die über große Fachkenntnis verfügten und Organisationstalent und Arbeitsrutine nachwiesen. Diese müßten nur organisiert und zu bewußter Arbeit herangezogen werden. Wenn das hiesige Ministerium an der Verfassung nicht den gewöhnlichen Anteil genommen habe, so liege es daran, daß es mit den eigenen administrativen Arbeiten überladen war und keine Zeit mehr für die Gesetzgebung hatte.

Gegenwärtig bestehe für die Großpolen, nachdem die Konstitution geschaffen ist, die eine wichtige Aufgabe: mitzuarbeiten an dem Aufbau des Organismus der Republik und dem Fundament der Konstitution. Dazu sei eine ganze Reihe neuer Gesetze notwendig, und wenn die Großpolen daran wiederum keinen Anteil nehmen würden, würden sie die letzte Achtung bei ganz Polen verlieren und, was noch schlimmer ist, es würden dann beim Ausbau des allgemeinen polnischen öffentlichen Rechts die Bedürfnisse dieses „kulturell und administrativ sehr hoch stehenden" Teilgebiets nicht berücksichtigt werden, und das hier aufgespeicherte Wissen würde für ganz Polen ungenutzt bleiben. Dabei müßte vor allem auf die Selbstverwaltung Rücksicht genommen werden, die das hiesige Teilgebiet von früher her gewöhnt sei. Deshalb sei es unbedingt nötig, daß die Großpolen sich an dem Ausbau der Gesetzgebung mehr beteiligten als bis jetzt. Das Ministerium des ehemals preußischen Teilgebiets allein könne die Arbeit nicht leisten, besonders angesichts der angefangenen Liquidation und der geradezu katastrophalen Flucht der Beamten in Zivilverwaltungen. Deshalb schlägt Dr. Celichowski vor, eine Kodifikationskommission für das Verwaltungsrecht als ein beratendes Organ beim Ministerium des ehemals preußischen Teilgebiets zu schaffen. Die Tätigkeit dieser Kommission wäre zunächst, die durch die Regierung in Warschau oder durch den Sejm bearbeiteten Gesetzentwürfe in Hinsicht auf die hiesigen Verhältnisse zu prüfen und wenn es notwendig ist, andere Entwürfe für das Verwaltungsrecht zu schaffen. Diese Kommission müßte sich zusammensetzen zum Teil aus Beamten des Ministeriums und der höheren Verwaltungen, zum Teil auch aus ausgezeichneten Kennern des Rechts und der wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Teilgebiets, die der Minister zu berufen habe."

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 9. September.

Wer erhält Kriegsrenten?

Von zuständiger Stelle erfahren wir in Angelegenheit der Ansprüche der Kriegsrentenempfänger folgendes:

Nach dem vom 1. Mai 1921 ab gültigen polnischen Versicherungsgesetz steht sämtlichen Kriegsrentenempfängern, das heißt also Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen von Kriegern, eine Aufbesserung ihrer Rentenbezüge zu und zwar gleichgültig, ob sie polnischer oder deutscher Nationalität sind. Diese Aufbesserung der Rentenbezüge geschieht von Staatswegen. Die Ansprüche sind unter Beibringung der Unterlagen bei den Bezirkskommandos anzumelden. Den Bezirkskommandos ist der Urząd Rent Wojskowych übergeordnet und zwar besteht je eine solche Dienststelle in Posen und in Graudenz.

Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß auch die polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität die Erhöhung ihrer Renten zu beanspruchen haben.

Wetterregeln im September. Der Landmann prophezeit aus einem kalten und mit scharfem Herbstwind einhergehenden September einen frühen und harten Winter. Denn „Zu Michael Nord und Ost — bedeuten starken Winterfrost", und „Fällt das Laub sehr früh im Wald — kommt ein böser Winter bald". Wärme im September ist dagegen ein gutes Vorzeichen für das kommende Jahr: „Ein Herbst, der warm und klar, — ist gut fürs nächste Jahr". Dagegen soll man nach einem ungünstig verlaufenen Sommer von einem schönen, warmen September keinen verbessernden Einfluß mehr auf die diesjährige Ernte erhoffen, denn „Nie hat ein September zu bessern vermocht — was ein schlechter August nicht gut gekocht". Daß dem Winzer ein regnerischer September die ganze Weinernte verdirbt, ist ebenfalls bekannt: „Septemberregen wirkt wie Gift, — wenn er die reifen Trauben trifft". Untrügliche Wetterpropheten sind im September die Ameisen: „Je größer der Ameisenhügel — um so straffer des Winters Zügel."

× Die nächste Vollversammlung der Handwerkskammer findet am 29. d. Mts. von vormittags 10 Uhr ab im Stadtverordnetensitzungssaale statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte: Berichterstattung für das Jahr 1920/21, Streichung der Paragraphen 1 und 2 der Bestimmungen über das Lehrlingswesen, Beschluß über die Reisevergütung der Handwerkskammermitglieder, Festsetzung der Entschädigung beim Meisterexamen, Annahme des Voranschlags für 1922, Beschlußfassung über die Höhe der Handwerkskammerbeiträge, Beschlußfassung über die Verschmelzung des Kaiser-Wilhelm- und des Buchdruckerfonds zum Vermögen der Handwerkskammer, Feststellung der Entschädigung für den Vorsitzenden der Handwerkskammer, Übernahme des Generalsekretärs auf den Etat der Handwerkskammer, Mitteilungen des Vorstandes, Anträge und Verschiedenes.

Die botanisch-zoologische Arbeitsgemeinschaft unternimmt am Sonntag, dem 11. d. Mts. einen Ausflug nach Zlotnik, Glino und Owinsk. Die Hoffmeyersche Obstplantage wird besichtigt. Abfahrt 925 bis Zlotnik. Rückkehr von Owinsk gegen 6 Uhr nachmittags. Verpflegung mitnehmen.

Der Posener Bachverein beabsichtigt im beginnenden Winterhalbjahre aufzuführen: am 16. Oktober einen Kantatenabend, am 19. Dezember das Weihnachts-Oratorium, im Februar 1922 einen weltlichen Chorliederabend, am Karfreitag die Matthäus-Passion. Möglich wird das nur sein, wenn alle hier noch vorhandenen musikalischen Kräfte sich zusammenschließen. Die Chorproben sollen an jedem Montag Abend in der Aula des deutschen Gymnasiums stattfinden. Zur ersten, am 12. ds. Mts. abends 8 Uhr werden alle bisherigen Mitglieder und neue, stimmbegabte und chorsichere Damen und Herren hiermit eingeladen.

Wochenmarktbericht vom Freitag, 9. September. Auf dem Gemüsemarkt zahlte man für das Pfund Kartoffeln 17 M., Mohrrüben 25 M. das Bund, Gurken 10 M das Stück, Zwiebeln 65 M. das Pfund, Schnittbohnen 60 M., Tomaten 130 M., rote Rüben 15 M. das Pfund. — Eier brachten die Mandel 225 – 230 M. — Auf dem Obstmarkt kosteten Birnen 40 M., Äpfel 35 M., Pflaumen 35 M.; besseres Obst erzielte höhere Preise. — Auf dem Geflügelmarkt zahlte man für Gänse 800—1000 M., Enten 350—400 M., junge Hühner 200 M. das Stück, Tauben 125 M. das Paar.

* **Neutomischel, 8. September.** Am Montag voriger Woche kam es, wie die Kreiszeitung" berichtet, hier und in der Umgebung zu einem Streik, der mit der wirtschaftlichen Notlage begründet wird. Es ist nirgends zu Ausschreitungen gekommen; Führer und Streikende suchten überall Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Durch den Streik sind Gas- und Wasserleitung in Mitleidenschaft gezogen worden. Namentlich hat der Wassermangel in den ersten Tagen unliebsame Störungen in den Haushaltungen verursacht. Dieser Übelstand ist aber baldigst behoben worden. Das Fehlen von Gas war die Ursache, daß viele Betriebe Störungen erlitten, so konnte auch die Kreiszeitung nicht erscheinen. Am Sonnabend fand auf Veranlassung der Arbeitnehmer im Starostwo eine Versammlung der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und des Magistrats statt. Nach längerer Aussprache wurde ein Mindestlohn von 60 Mark für die Stunde für Arbeiter über 21 Jahre festgesetzt. Der Vertreter des Arbeitnehmerverbandes erklärte, daß weitere Verhandlungen vorläufig überflüssig seien, da die Regelung der Lohnsätze bereits dem Ministerium übergeben worden sei. Diesen von dort vorgeschriebenen Sätzen muß sich jeder Arbeitgeber und -nehmer fügen. Die festgesetzten Preise gelten vom Tage der Arbeitsaufnahme ab. Darauf wurde die Arbeit im allgemeinen und somit auch in der Gasanstalt wieder aufgenommen.

* **Kruschwitz** 8. September. Der hiesige Stadtsekretär Władysław Poczekaj ist zum Bürgermeister der Stadt Usch gewählt und bestätigt worden.

* **Friedheim** 8. September. Die Wohnungsnot ist hier wie natürlich in allen Grenzorten groß geworden. Unerklärlich aber bleibt es, daß für die Unterbringung unserer polnischen Zollbeamten so gut wie nichts geschieht. Die polnische, sowie die deutsche Bevölkerung tut das Ihrige, den Beamten ihren Dienst zu erleichtern. Jetzt muß vor dem Winter aber unbedingt mit der Bautätigkeit begonnen werden.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau** 8. September. Vom Militärgericht wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt: Leutnant Jan Leżyński wegen Raubmordes, Korporal Kazimierz Feikowski wegen Raubüberfalls, Zivilist Josef Macikowski wegen Spionage, ferner wegen Raubmordes: die Zivilisten Antoni Daszkiewicz, Roman Wesieronek und Mikolaj Aksentycz. Sämtliche Urteile sind vollstreckt.

* **Lodz, 8. September.** Über den Brand des Theatergebäudes, des früheren Thalia-Theaters, sind folgende Einzelheiten zu berichten. Am Sonntag abend, kurz nach beendeter Aufführung, brach auf der Bühne Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit verbreitete und in wenigen Stunden das ganze Theater in Asche legte. Der Brandkatastrophe fielen nicht nur das ganze Theatergebäude, sondern auch die ganze innere Einrichtung, die herrlichen Dekorationen, die reichhaltige Garderobe, die Bibliothek und die kostspieligen Requisiten und zahlreiche Instrumente zum Opfer. Der Materialschaden beziffert sich auf viele Millionen, er läßt sich gar nicht genau feststellen. Das Feuer verbreitete sich mit solcher Schnelligkeit, daß selbst die in ihren Garderobenräumen befindlichen Schauspieler nur mit knapper Not ihr Leben retten konnten. Über die Entstehung des verhängnisvollen Brandes wird sehr verschieden gesprochen. Allgemein herrscht jedoch die Ansicht vor, daß nur Brandstiftung in böswilliger Absicht die Ursache sein kann. Weinend umstanden abends die Künstler und Künstlerinnen den brennenden Musentempel, der in dieser Saison der Schauplatz ihrer künstlerischen Erfolge und Triumphe sein sollte, und der nun in rauchenden Trümmern liegt.

Aus Ostdeutschland.

* **Johannisburg, 4. September.** Ein zum Tode verurteilter Mörder wieder eingefangen. Aus dem Gefängnis zu Lyck entsprungen war der Mörder Kraatz aus Mittel-Pogobien. Wie noch erinnerlich, hat er vor 2 Jahren den Forstaufseher Bröse hinterrücks erschossen und ist dafür vom Schwurgericht Lyck zum Tode verurteilt worden. Nach seiner Flucht hielt er sich vagabondierend in seiner Heimat auf, hielt Fühlung mit seinem Vater, seinen Brüdern und vertrauten Bekannten. Ein Kriminalbeamter aus Lyck kam ihm auf die Spur, stellte fest, daß Kraatz abwechselnd auch nach Polen hinüberging und sich Waffen und Munition holte. Die häufigen Waldbrände hat man auch auf sein Konto geschrieben, so daß die Forstbeamten in steter Bewegung sein mußten. Endlich haben sich die Netze auf einem Abbau in Hinter-Pogobien zusammengezogen, wo Kraatz aus dem Walde direkt auf einem Schuppen sich verstecken konnte. Als nun mit Sicherheit angenommen werden konnte, daß K. sich im Gehöft befinde, haben die Schutzpolizei und Forstbeamte in der Nacht von Freitag das Gehöft umstellt und am Sonnabend vor 4 Uhr morgens die Suche aufgenommen. Als K. die Umzingelung sah, suchte er ins Freie zu entfliehen, wurde aber durch einige Schrotschüsse im Rücken, am linken Arm und am Kopf verwundet. Trotzdem ergab er sich nicht, lief in die Scheune zurück und versteckte sich im Stroh. Endlich wurde er im Pferdestall unter der Krippe im Stroh gefunden und festgenommen. Am Sonntag ist er unter sicherem Geleit in das Gefängnis in Lyck eingeliefert worden. Die ausgesetzte Belohnung von 3000 Mark wird wohl in der Hauptsache dem Lycker Kriminalbeamten zufallen.

Neues vom Tage.

§ **Der Löwe ist los.** Im Zoologischen Garten in Leipzig, der am Sonntag infolge des schönen Wetters von vielen Tausenden besucht war, erfolgte plötzlich der Ruf: „Der Löwe ist los". Es entwickelte sich eine Panik, während der mehrere Taschendiebe reiche Beute machten. Zahlreiche Portemonnaies, Damentaschen, Uhren und Ketten waren plötzlich verschwunden. Der Löwe aber saß ganz friedlich hinter dem Gitter.

§ **Ein unverbrennbares Flugzeug.** Auf dem Londoner Flugplatz wurde ein Versuch mit einem unverbrennbaren Flugzeug unternommen. Große Baumwollballen, mit Petroleum durchtränkt, waren an den Tragflächen des Apparates befestigt. Flugzeug und Kleidung des Führers waren aus dem neu erfundenen Material hergestellt. Während das Flugzeug sich senkte, wurden die Brennstoffe vom Führer angezündet. Das Petroleum flammte hell auf, Flugzeug und Führer blieben unverletzt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	9. September	8. September
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—,—	—,—
3% " " Buchst. A u. B	—,—	—,—
3½% " " ohne Buchst.	—,—	—,—
3½% " " Buchst. C	—,—	—,—
4% " " Buchst. D u. E	—,—	—,—
4% " " (neue)	—,—	—,—
4% " (neue) mit poln. Stempel	123 +	—,—
4% Pos. Pfandbriefe	—,—	—,—
4% Pos. Provinzialobligationen	—,—	—,—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—,—	—,—
5½% Obl. Cegielski	—,—	—,—
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hypot. Warszawsk.	—,—	—,—
Bank Związku I—VII em. (ungest.)	220 +	220 + A
Bank Związku VIII em. (ungest.)	220 +	220 + A
Bank Związku IX em. (ungest.)	220 +	220 + A
Bank Handlowy, Poznań I—VII	340 + A	340 + A
" " " VIII	340 + A	340 + A
Bank Handlowy, Warszawa	—,—	—,—
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—,—	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska.	—,—	450 + N
Bank Ziemski	—,—	—,—
Bank Ziemian I—III	—,—	255 +
R. Barcikowski I—IV em.	—,—	200 + N
R. Barcikowski V em.	—,—	170 + N
Centrala Skór I—II	—,—	370 +
" " III	—,—	—,—
Luban	525 +	520 + N
Dr. Roman May I—III	490 + N	480 + N
Patria	365 + N	360 + N
Pozn. Spółka Drzewna (exkl. Kup.)	—,—	—,—
C. Hartwig I—III em.	400 + N	—,—
C. Hartwig IV em.	—,—	380 + N
Cegielski I—VI em.	255 + N	245 + N
Cegielski VII em.	255 + N	245 + N
Hurtownia Związkowa	140 + A	145 + A
Włókno	—,—	—,—
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe	—,—	—,—
4½% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—,—	—,—
Bank Centralny I—III	—,—	—,—
Bank Poznański I. Em.	—,—	—,—
Bank Przemysłowców	240 +	240 + N
Lucjan Nowiński	505—500 + A	520 + A
Bank Zjednoczenia	—,—	200 + A
Hurtownia Drogeryjna (o. Bezugsr.)	—,—	—,—
Iri	—,—	—,—
Wytwornia Chemiczna I—II exkl. Bezugsrecht	210 + A	200 – 205 + N
Wyroby Ceramiczne	165 + A	165 +
Drzewo Wronki	—,—	—,—
Wisła	—,—	550 +
Arcona	—,—	—,—
Brzeski Auto (exkl. Kupon)	—,—	—,—
Wagon Ostrowo	155 + A	155 + A
Wytwornia Maszyn Młyńskich	—,—	—,—
Herzfeld Viktorius	385 – 388 + N	375—380 + N
Bentzki	515—520 + N	500—515 + N
Orient	—,—	180 + N
Sarmatia	400 + N	400—395 +
Blawat	—,—	—,—
Dom Konfekcyjny	—,—	—,—
Tkanina	—,—	—,—
Centrala Rolników	—,—	—,—
Papiernia Bydgoszcz	255 + N	250 + N
Trie	—,—	210 + N
Hurtownia Skór	—,—	300 + N
Sierakowskie Kopalnie Węgla	—,—	—,—
Kabel	—,—	155—160 + A
Lloyd Wielkopolski	—,—	—,—
Hurtownia Spółek Spożywcz.	—,—	220 + A
Pneumatik	—,—	165 + A

Amtliche Notierungen der Getreidebörse (Giełdy Zbożowej) in Posen vom 9. September 1921.

(Die Preise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Lieferung.)

Seradella	—,—*)	Odermennig	14 000—15 000
Futterlupinen	—,—*)	Viktoriaerbsen	—,—*)
Saatlupinen	—,—*)	Felderbsen	—,—*)
Weizen	9200—10 400	Raigras	—,—*)
Roggen	6900	Inkarnatklee	—,—*)
Wintergerste	5500—6000	getr. Futterrüben	—,—*)
Braugerste	6600—7000	Zuckerrüben getr.	—,—*)
Hafer	6400—6800	Runkeln	—,—*)
Weizenmehl 70%	14000—14500	Zuckerschnitzel gewöhnl.	—,—*)
Roggenmehl 70%	9400—9600	" 30—35%	—,—*)
Senf	—,—*)	" Steffens	—,—*)
Hanf	—,—*)	Kartoffeln	1900—2000
Buchweizen	—,—*)	Stroh: Getreidestroh lose	—,—*)
Mohn	—,—*)	" gepreßt	—,—*)
Hirse	—,—*)	" (Sommer-)	
Kümmel	—,—*)	" lose	—,—*)
Winterraps	14 000—15 000	" " gepr.	—,—*)
Gelber Klee	—,—*)	Heu, lose	—,—*)
Roter Klee	—,—*)	" gepreßt	—,—*)
Weizenkleie	4600	Klee, lose	—,—*)
Roggenkleie	4400	" gepreßt	—,—*)

*) Ohne Handel. Weizen- u. Roggenmehl exkl. Säcke. Tendenz: fest.

Posener Viehmarkt vom 9. September 1921.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht.

Für Rinder: I. Kl. 5400—5800 M. II. Kl. 4000—4800 M. III. Sorte — — M. Ochsen: I. Kl. 5 400—5 800 M., II. Kl. 4 000—4 800 M. **Für Kälber:** 9 000—10 000 M., II. Kl. 8000 bis 8600 M., III. Kl. —,— M. **Bullen:** I. Kl. 9 000—10 000 M., II. Kl. 8 000—8 600 M.

Für Schafe: I. Sorte 7000—7500 Mark. II. Sorte 5000—6000 Mark für Lebendgewicht.

Für Schweine: I. Kl. 17 000—17 500 M., II. Kl. 15 000 bis 16 000 M., III. Sorte 13 000—13 600 M.

Der Auftrieb betrug: 49 Rinder, 60 Kälber, 785 Schweine, 61 Schafe, 15 Ziegen, 658 Ferkel. Ferkel 3 300—4 000 Mark das Paar. — Tendenz: sehr lebhaft.

= **Rigaer Börsenbericht** vom 8. September. Engl. Pfund 1380, Dollar 371, Franken 28, schwedische Krone 80, dänische Krone 64, tschechoslowakische Krone 4,51, estländischer Rubel 7,90, deutsche Mark 3,98, finnische Mark 5,22, estnische Mark 0,60, polnische Mark 0,10.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

J. H. Fällt unter den Amnestieerlaß; im übrigen würden wir Ihnen raten, bei einer eventuellen Strafanzeige sehr vorsichtig zu sein.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 9. September.

Wer ersetzt die zerschlagenen Fensterscheiben?

Diese Frage beschäftigt oft Mieter und Vermieter, sowie das Gericht. Ein Mieter, in dessen Wohnung eine große Fensterscheibe zertrümmert wurde, weigerte sich, sie zu ersetzen. Der Vermieter klagte auf Schadenersatz. Der Mieter stellte sich auf den Standpunkt, der Vermieter müsse ihm beweisen, daß er die Fensterscheibe zerschlagen habe. Wenn dieser Beweis fehle, dann sei der Mieter zum Schadenersatz nicht verpflichtet. Dies ist aber eine irrtümliche Auffassung, auf die der Richter hinwies. Der Mieter hat den Nachweis zu liefern, daß n i c h t er, sondern ein anderer die Scheibe zerschlagen hat. Kann der Mieter diesen Nachweis nicht erbringen, dann muß er die Scheibe ersetzen, und in diesem Sinne erfolgte auch das Urteil. Wird die Fensterscheibe durch ein Naturereignis, wie z. B. durch Hagelschlag, zertrümmert, so muß der Vermieter bzw. der Hausbesitzer die Scheibe ersetzen. Für Reparaturen, die durch den erlaubten Gebrauch der Wohnung oder Naturereignisse und andere Zufälle entstehen, hat der Vermieter aufzukommen.

× **Kleiner Brand.** Gestern abend 7½ Uhr wurde die Feuerwehr nach Św. Marcin 64 (früher St. Martinstraße) gerufen, wo in einem Keller Stroh in Brand geraten war. Die Feuerwehr konnte bereits nach wenigen Minuten wieder abrücken.

× **Messerstecherei.** In der ul. Koscielna (früher Kirchstraße) kam es gestern zwischen zwei Nachbarn namens M i c h a l a k aus Kongreßpolen und einem gewissen Jakob P o k r y w k a zu einem heftigen Streit, in dessen Verlauf der erstere dem letzteren einen Messerstich in die Herzgegend versetzte. Nur dem Eingriff eines schleunigst herbeigeholten Arztes **ist es zuzuschreiben, daß der Schwerverletzte nicht an Blutverlust starb.**

× **Das unehrliche Schneiderlein. Vor kurzem nahm hier** ein Schneidergeselle unter dem Namen Walter Neugebauer bei einem Schneidermeister Arbeit. Nachdem er etwa 14 Tage gearbeitet hatte, bekam er Abwanderungsgedanken, die er auch ausführte, nicht ohne eine größere Menge zugeschnittener Sachen im Werte von 180 000 M. mit sich gehen zu heißen. Er konnte bald von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen werden. Sein richtiger Name Josef Kędziorski wurde bei dieser Gelegenheit ebenfalls festgestellt; er stammt aus Posen.

× **Der unehrliche Kofferträger.** Ein gewisser Stanisław Pruszarek aus Kongreßpolen verschaffte sich neuerdings dadurch einen lohnenden Lebensunterhalt, daß er auf dem Bahnhofe eintreffenden Personen seine Dienste als Kofferträger anbot. Am Dienstag brachte er den Koffer einer Dame nach der ul. Orzeszkowej (früher Schillerstraße). Während die Dame sich entfernte, um Geld zur Entlohnung des jungen Mannes zu holen, stahl er aus einem Rocke eine Brieftasche mit Ausweisen und 530 M. und verschwand. Der unehrliche Bursche konnte am Mittwoch von der Kriminalpolizei festgenommen werden.

× **Wer ist der Eigentümer?** Am 24. v. Mts. wurde von einer nächtlichen Polizeipatrouille in der ul. Przemysłowa (früher Margaretenstraße) ein Mann beobachtet, der einen Sack mit einem Ztr. Mehl trug. Als er sich verfolgt sah, flüchtete er und warf den Sack auf dem Eisenbahngelände weg. Der Eigentümer kann sich im 9. Polizeikommissariat in der ul. Małeckiego (früher Prinzenstraße) melden.

---

* **Weichselhorst,** 8. September. **Mit dem 1. September gab Pfarrer P a a r m a n n seine Stellung hier auf, um einem Rufe des Evangelischen Konsistoriums folgend eine Studieninspektoratsstelle** an dem neugegründeten Prediger-Seminar in Posen zu übernehmen. Mit ihm verliert die seit 1. August 1908 bestehende Kirchengemeinde Weichselhorst ihren fünften Geistlichen, ohne aber, infolge des großen Mangels an evangelischen Geistlichen, diesmal die Hoffnung zu haben, wieder einen eigenen Seelsorger zu bekommen. Es wird vielmehr leider damit gerechnet werden müssen, daß die beiden zusammenstoßenden Kirchenspiele Weichselhorst und Sienno zu einer Parochie vereinigt werden müssen, was behördlicherseits aus zwingenden Gründen angestrebt wird. Sollte dieser Plan seiner Verwirklichung entgegengehen, so werden die kirchlichen Körperschaften von Weichselhorst dahin arbeiten, daß dann Weichselhorst mit seiner großen schönen Kirche mit Konfirmandensaal, prächtigem Landpfarrhaus und 20 Morgen Pfarrland Sitz der Pfarre wird, da es zentrale Lage der hier mehr deutschen Gemeinden ist, und auch die Gemeinde finanziell stärker dasteht. Zunächst wird Pfarrer Just-Sienno die Vertretung in der Gemeinde Weichselhorst übernehmen.

* **Berent,** 8. September. Die hiesigen Gastwirte haben beschlossen wegen der neuen Verteuerung der S e l t e r und L i m o n a d e n diese so lange n i c h t z u b e z i e h e n, bis eine Besserung und Verbilligung derselben eintritt.

Hauptschriftleitung: Dr. **Wilhelm Loewenthal.**
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. W i l h e l m L o e w e n t h a l: für Lokal- und Provinzialzeitung: R u d o l f H e r b r e c h t s m e y e r. Für den Anzeigenteil: M. G r u n d m a n n. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. S o n n t a g 10: Gd. Staemmler. 11½: Kindergd. Ders.

St. Paulikirche. S o n n t a g, 10: Gd. Stuhlmann. — 11¾: Kgd. Ders. — M i t t w o c h, 8: Bibelstd. Stuhlmann. — A m t s w o c h e: Ders.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) S o n n a b e n d, 6: Wochenschlußgd. Schneider. — S o n n t a g, 10: Gd. Schneider. 11½: Kindergd. Ders. — M i t t w o c h, 6: Bibelbesprechung Ders. — A m t s w o c h e: Schneider.

St. Lukaskirche. S o n n t a g, 10: Pred. Büchner. — 12: Kindergd. Ders. — M i t t w o c h, 6: Bibelstd. Ders.

Christuskirche. S o n n t a g, 10: Gd. Nitz. — 11½: Kindergd. Ders. — F r e i t a g, 8: Bibelstd. im Gemeindehause. Büchner. — M i t t w o c h, 8: Jungfrauenverein im Gemeindehaus.

St. Matthäi-Kirche. S o n n t a g, 10: Gd. Brummack. 11½: Kindergd. Ilse.

Stiftskapelle. S o n n t a g, 10: Gd. Ilse. — F r e i t a g, 6: Bibelstd. Brummack.

Kapelle der Diakonissenanstalt. S o n n a b e n d, 8: Wochenschlußgdst. Sarowy. — S o n n t a g, 10: Gd. Ders.

Ev. Vereinshaus. D o n n e r s t a g, 6 Allg. Bibelstunde. Schneider.

Ev. Verein junger Männer. S o n n t a g, 6: „Der 2. Schles. Krieg". 8: Abendand. — M o n t a g, 7: Turnen. ½8: Bläserchor. — M i t t w o c h, 8: Bibelstunde. — D o n n e r s t a g, ½8: Bläserchor. — S o n n a b e n d, ½8: W. Schl.-And. 8: Leseabend.

Christl. Verband junger Mädchen. S o n n t a g, 4: Vers. im Diakonissenhause.

Christliche Gemeinschaft innerhalb der Landeskirche, St. L a z a r u s, ul. Małeckiego 36 I (Prinzenstraße). S o n n t a g, 3: Kinderbund. 5: Familienabend. — F r e i t a g, 8: Bibelbespr.